

## Antrag A-07: Für (soziale) Sicherheit statt Repression

<b>Antragsteller/in:</b>	Dmitri Zelenin (KV Links derWeser · Nr. 471), Jens Hurling (KV Links derWeser · Nr. 453), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Anträge an den Parteitag

1 Der Landesparteitag nimmt die jüngsten Pläne des Senators für Inneres zur  
2 Einschränkung der Versammlungsfreiheit sehr ernst und verurteilt sie deutlich.  
3 Darüber hinaus fordert der Landesparteitag die Fraktion und den Landesvorstand auf,  
4 die Entwicklungen genau zu beobachten und aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um solche  
5 Einschränkungen zu verhindern.

6

7 Von Arbeitskämpfen über die Klimabewegung bis hin zu antifaschistischer Praxis:  
8 Formen, spontanen, unangemeldeten und unbequemen Protests gehören zum  
9 Standardrepertoire zivilgesellschaftlicher Interventionen. Das SPD-geführte  
10 Innenressort nimmt die wenigen Aktionen der “Letzten Generation” in Bremen als  
11 Vorwand, um massive Eingriffe in die Demonstrationsfreiheit zu diskutieren. So  
12 könnten die Kosten von Polizeieinsätzen zukünftig den Teilnehmenden einer  
13 unangemeldeten Versammlung aufgezwungen werden, wenn der “Anlass nicht im  
14 öffentlichen Interesse liegt”. Das öffnet Tür und Tor für noch mehr willkürliche  
15 Repression. Vertreter:innen einer solchen Law-and-Order Politik feiern diese  
16 Entwicklung.

17

18 Dieser Vorstoß reiht sich ein in bundesweite Bestrebungen bürgerlicher Parteien,  
19 die Klimabewegung zu delegitimieren und zu dämonisieren und repressive  
20 Verschärfungen zu rechtfertigen. Das Kalkül, Wähler:innen rechter Parteien wieder  
21 für sich zu gewinnen, schlägt fehl. Es bewirkt das ganze Gegenteil: Eine  
22 sicherheitspolitische Diskursverschiebung nach Rechts, die sich am Ende auch in der  
23 bereits zahlreich dokumentierten Gewalt gegenüber Klimaktivist:innen niederschlägt.

24

25 Unerwartet oder neu ist die Stoßrichtung des Innenressorts nicht. Bereits in der  
26 vergangenen Legislatur und auch im Wahlkampf war das Getöse für eine repressive  
27 “Sicherheits”politik unerträglich laut, die sich in Forderungen nach Verdrängung  
28 von Obdachlosen und Drogenabhängigen, mehr Abschiebungen, der Hochrüstung von  
29 Sicherheitskräften und vielem mehr niederschlugen. Eine Politik, die weder reale  
30 Sicherheit schafft noch die Ursachen real existierender sozialer Probleme  
31 adressiert, sondern diese nur noch verschlimmert.

32

33 Der Vorstoß des Innenressorts, auch wenn er scheitert, wird nicht der einzige  
34 dieser Art bleiben. Und er war auch nicht der Erste. 2021 war durch eine Antwort

35 des Bremer Senats auf eine Kleine Anfrage der LINKEN bekannt geworden, dass das  
36 Bremer Ordnungsamt regelmäßig personenbezogene Daten von Menschen, die  
37 Versammlungen anmelden, an den Verfassungsschutz weitergibt. Als LINKE, außerhalb  
38 und innerhalb der Bürgerschaft, müssen wir ein solches Verständnis von  
39 Sicherheitspolitik verurteilen und blockieren, und für eine Politik streiten, die  
40 eine echte Sicherheit für die Menschen bringt.

41

42 Ein weiteres, aktuelles Beispiel für die repressive Politik des Innenressorts ist  
43 Mäurers Einsetzen für schärfere Abschieberegungen: Zukünftig sollen Menschen bis  
44 zu 28 Tage, statt bisher 10, in Abschiebehaft genommen werden dürfen, und  
45 Innensenator Mäurer begrüßt diesen Vorstoß. Wir verurteilen das Bestehen der  
46 Abschiebehaft, sie ist eine unverhältnismäßige Einschränkung der Freiheitsrechte  
47 des Einzelnen und gilt abgeschafft statt verlängert.

48

49 Wir als DIE LINKE. Bremen setzen uns dafür ein, dass die Bremer Innenpolitik  
50 besonders für vulnerable Gruppen da ist. Das bedeutet, dass Wohnungslose geschützt  
51 werden, Geflüchtete in Sicherheit sind und Aktivist\*innen und ihr Recht auf  
52 Versammlungsfreiheit nicht unterdrückt werden.

## **Begründung**

.